

Anträge

Inhaltsverzeichnis

A - Lübecker Erklärung

| Bezeichner | Titel · Antragsteller*in · Empfehlung | Seite |
|------------|---|-------|
| A01 | Lübecker Erklärung DGB-Bezirksvorstand Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i> | 7 |

B - Gute Arbeit

| Bezeichner | Titel · Antragsteller*in · Empfehlung | Seite |
|------------|--|-------|
| B01 | Gute Arbeit, Aus- und Weiterbildung für die Zukunft sichern DGB-Bezirksvorstand Nord <i>angenommen</i> | 9 |
| B02 | Einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst sichern DGB-Bezirksvorstand Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i> | 12 |
| B03 | Ausbildungsfonds als Bremer Modell bundesweit etablieren IGBCE Nord <i>angenommen als Material zu Antrag B01</i> | 14 |
| B04 | Duales Studium stärken IGBCE Nordost <i>angenommen in geänderter Fassung</i> | 15 |
| B05 | Gesellinnenbrief zum Standard machen DGB-Bezirksjugendausschuss Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i> | 16 |
| B06 | Recht auf Vollzeit schaffen! DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord <i>angenommen</i> | 17 |
| B07 | Gleichberechtigung von Frauen und Männern schon bei der Bekanntgabe der Schwangerschaft im Betrieb IGBCE Nord <i>angenommen als Material an DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord</i> | 18 |
| B09 | Einführung der Familienstartzeit DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i> | 19 |
| B10 | Gute und sichere Arbeitsbedingungen für alle - Heraus zum Workers Memorial Day! DGB-Bezirksjugendausschuss Nord <i>angenommen</i> | 20 |

C - Transformation, Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik

| Bezeichner | Titel · Antragsteller*in · Empfehlung | Seite |
|------------|--|-------|
| C01 | Den sozial-ökologischen Wandel im Norden gestalten DGB-Bezirksvorstand Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i> | 21 |
| C02 | Fördermittelbereitstellung für die Umsetzung der EU-Trinkwasser- und Kommunalabwasserrichtlinie in der Wasserwirtschaft IGBCE Nordost <i>angenommen in geänderter Fassung</i> | 24 |

D - Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge

| Bezeichner | Titel · Antragsteller*in · Empfehlung | Seite |
|------------|--|-------|
| D01 | In Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge investieren DGB-Bezirksvorstand Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i> | 25 |
| D02 | Förderung der Ausbildung in den Berufen der Kinderbetreuung zur Verbesserung der Erwerbssituation bei Arbeitnehmer*innen. IGBCE Nord <i>angenommen als Material zu Antrag D01</i> | 27 |
| D07 | Neuausrichtung der Rentenpolitik in Deutschland Vorstand DGB Hamburg <i>angenommen in geänderter Fassung</i> | 28 |
| D12 | Herabsetzung des gesetzlichen Rentenalters für langjährige Schichtarbeiter IGBCE Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i> | 29 |
| D13 | Die Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung sichern – solidarische Finanzierung stärken ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg <i>angenommen</i> | 30 |
| D14 | Einführung einer Pflegevollversicherung DGB-Kreisverband Vorpommern-Greifswald <i>angenommen</i> | 31 |
| D16 | Psychische Gesundheit stärken – Stigmatisierung beenden, Versorgung ausbauen DGB-Bezirksjugendausschuss Nord <i>angenommen</i> | 32 |

E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik

| Bezeichner | Titel · Antragsteller*in · Empfehlung | Seite |
|------------|--|-------|
| E 01 | Für Demokratie, Solidarität und soziale Gerechtigkeit – Demokratie stärken, rechte Hetze stoppen DGB-Bezirksvorstand Nord <i>angenommen</i> | 33 |
| E 02 | Verbot der Partei AfD Alternative für Deutschland Vorstand DGB Hamburg <i>angenommen in geänderter Fassung</i> | 35 |
| E 03 | Streichung des §218 StGB! DGB-Bezirksjugendausschuss Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i> | 36 |
| E 04 | Einführung flexibler Zeitkontingente für das Ehrenamt IGBCE Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i> | 37 |
| E 05 | Wissen ist kein Luxus - Mecklenburg-Vorpommern braucht Bildungsurlaub! DGB-Bezirksjugendausschuss Nord <i>angenommen</i> | 38 |
| E 06 | „Gewalt an Schulen gemeinsam bekämpfen“ GEW Schleswig-Holstein, ver.di Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i> | 39 |
| E 07 | Kinder und Jugendliche gegen Hate-Speech und Fake News stark machen DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord <i>angenommen</i> | 41 |
| E 08 | Verfassungsgerichte schützen! DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord <i>angenommen</i> | 42 |
| E 09 | Für Frieden und gegen Wehr- und Pflichtdienst! DGB-Bezirksjugendausschuss Nord <i>angenommen</i> | 43 |

I - Initiativanträge

| Bezeichner | Titel · Antragsteller*in · Empfehlung | Seite |
|------------|---|-------|
| I01 | Hände weg vom JArbSchG [REDACTED] (NGG) <i>angenommen in geänderter Fassung</i> | 44 |

Antrag A01: Lübecker Erklärung

| | |
|---------------------|----------------------------------|
| Antragsteller*in: | DGB-Bezirksvorstand Nord |
| Status: | angenommen in geänderter Fassung |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |
| Sachgebiet: | A - Lübecker Erklärung |
| Antragsblock: | Aufruf A01 - Lübecker Erklärung |

1 Lübecker Erklärung

2 Stärker mit uns – Gute Arbeit. Starke Wirtschaft. Soziale Sicherheit.

3 Aktuell stehen wir vor einer Vielzahl wirtschaftlicher und gesellschaftlicher
4 Herausforderungen. Der Verlust von Industriearbeitsplätzen, eine zunehmend marode
5 Infrastruktur – sowohl im Verkehrsbereich als auch im sozialen Sektor – sowie die
6 wachsende gesellschaftliche Polarisierung fordern uns heraus und verlangen
7 entschlossene und solidarische Antworten.

8 Gleichzeitig erleben wir, dass bei den Schwächsten gespart werden soll, statt die
9 Starken in die Pflicht zu nehmen. Der Sozialstaat wird massiv angegriffen und
10 gewerkschaftlich erkämpfte Errungenschaften stehen unter Druck. Der 8-Stunden-Tag,
11 die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder eine Absicherung im Falle von
12 Arbeitslosigkeit werden infrage gestellt.

13 Sozialstaat und Arbeitnehmer*innenrechte verteidigen

14 Wir stellen uns entschieden gegen jegliche Angriffe auf den Sozialstaat und die
15 Rechte der Arbeitnehmer*innen. Der Sozialstaat ist ein zentraler Pfeiler unseres
16 gesellschaftlichen Zusammenhalts. Er hat uns durch viele Krisen getragen und schafft
17 soziale Sicherheit. Arbeitnehmer*innenrechte, die durch die Gewerkschaften erkämpft
18 wurden, sichern gute Arbeit und ein gutes Leben. Diese Errungenschaften müssen
19 geschützt und weiterentwickelt werden – nicht ausgehöhlt.

20 Starke Gewerkschaften als Stabilitätsanker

21 Gerade in dieser Zeit braucht es starke Gewerkschaften als Stabilitätsanker in einer
22 sich wandelnden Welt. Betriebliche Mitbestimmung und Tarifverträge sichern nicht nur
23 faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen, sie ermöglichen Beschäftigten auch, ihre
24 Arbeitswelt aktiv mitzugestalten. Mitbestimmte und tarifgebundene Betriebe sind
25 nachweislich produktiver, innovativer und besser für die Zukunft gerüstet.

26 Die zunehmenden Angriffe auf Mitbestimmung und die wachsende Tariffucht vieler
27 Unternehmen verurteilen wir entschieden. Arbeitgeber und Politik müssen sich klar und
28 unmissverständlich zur betrieblichen Mitbestimmung und zu Tarifverträgen bekennen.
29 Die Einführung von Tariftreuegesetzen auch für Hamburg und Schleswig-Holstein bleibt
30 unser gemeinsames Ziel.

31 Industriepolitik für den Norden

32 Anstatt den Sozialstaat und die Rechte von Arbeitnehmer*innen infrage zu stellen,
33 erwarten wir, dass Arbeitgeber und Politik ihrer Verantwortung gerecht werden: Sie
34 müssen Rahmenbedingungen schaffen, die den Erhalt und die Schaffung guter
35 Arbeitsplätze sichern. Nicht die Beschäftigten tragen Schuld am Arbeitsplatzabbau,
36 sondern fehlende unternehmerische Strategien und unzureichende politische

37 Weichenstellungen.

38 Deshalb fordern wir eine länderübergreifende Strategie zur Stärkung der Industrie im
39 Norden. Diese Strategie muss Arbeitsplätze sichern, neue schaffen und die
40 Energiewende sozial gerecht gestalten. Die Transformation darf weder auf Kosten
41 derjenigen gehen, die ohnehin wenig haben, noch darf sie industrielle Wertschöpfung
42 und Zukunftschancen gefährden.

43 **Öffentliche Daseinsvorsorge stärken**

44 Eine funktionierende Daseinsvorsorge mit einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst
45 schafft Vertrauen, stärkt den sozialen Zusammenhalt und verbessert die
46 Lebensqualität. Wenn Busse zuverlässig fahren, gute Kitas, Schulen und Krankenhäuser
47 vorhanden sind und die innere Sicherheit gewährleistet ist, verbessert das die
48 Lebensbedingungen der Menschen – und damit die Zukunftsfähigkeit des Nordens. Wir
49 fordern daher massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und den
50 öffentlichen Dienst.

51 **Zukunft durch Aus- und Weiterbildung sichern**

52 Die Ausbildung junger Menschen ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unserer
53 Region. Gute Ausbildung schafft Perspektiven und Fachkräfte. Die sinkenden
54 Übernahmequoten und die wachsende Verunsicherung junger Menschen sind alarmierend.
55 Wir fordern daher die konsequente Umsetzung der Ausbildungsgarantie und die
56 Einführung eines Ausbildungsfonds nach Bremer Vorbild in allen Nordländern.
57 Weiterbildung vermittelt neue Fähigkeiten und gibt Beschäftigten Sicherheit und
58 Zuversicht im Wandel.

59 **Demokratie und Zusammenhalt verteidigen**

60 Gute Arbeit, starke Wirtschaft, soziale Sicherheit – dies sind unsere gemeinsamen
61 Ziele für alle Menschen. Der zunehmende Erfolg rechtsextremer Kräfte, die Hass und
62 Spaltung säen sowie Frauenrechte und Vielfalt in der Gesellschaft infrage stellen,
63 bedroht unsere Demokratie. Wir treten dieser Entwicklung entschieden entgegen.
64 Solidarität, Zusammenhalt und Demokratie sind untrennbare Werte unserer
65 Gewerkschaftsbewegung – eine Zusammenarbeit mit Antidemokrat*innen schließen wir aus.

66 **Starke Gewerkschaften für einen starken Norden**

67 Stärker mit uns – Gute Arbeit. Starke Wirtschaft. Soziale Sicherheit. Unter diesem
68 Motto kommt die Bezirkskonferenz heute zusammen. Wir machen sehr deutlich: Die
69 Gewerkschaften haben Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit! Nur mit
70 starken Gewerkschaften machen wir den Norden zu einem starken Norden!

Antrag B01: Gute Arbeit, Aus- und Weiterbildung für die Zukunft sichern

| | |
|--|--|
| Antragsteller*in: | DGB-Bezirksvorstand Nord |
| Status: | angenommen |
| Empfehlung der ABK: | Annahme |
| Auf diesen Antrag verweisende Anträge: | B03 |
| Sachgebiet: | B - Gute Arbeit |
| Antragsblock: | Aufruf B01 - Gute Arbeit, Aus- und Weiterbildung für die Zukunft sichern |

- 1 Der DGB Bezirk Nord wird sich für Gute Arbeit und Gute Aus- und Weiterbildung als
2 Grundvoraussetzung für soziale Teilhabe und wirtschaftliche Stabilität einsetzen.
3 Angesichts der anhaltenden Rezession, der Herausforderungen durch die notwendige
4 Transformation unserer Wirtschaft sowie der gleichzeitigen Fachkräfteengpässe ist die
5 Bedeutung guter Arbeitsbedingungen, der Sicherung von Beschäftigung sowie der
6 Stärkung der betrieblichen Aus- und Weiterbildung größer denn je. Dabei leitet uns
7 als Gewerkschaften der Grundgedanke der Solidarität. Wir dürfen junge Menschen ohne
8 Berufsabschluss nicht verloren geben, müssen die Teilhabe von Menschen mit
9 Behinderung ermöglichen, prekäre Beschäftigung und Lohndumping verhindern, die
10 gleichberechtigte Erwerbsbeteiligung und faire Aufteilung von Sorgearbeit zwischen
11 Frauen und Männern ermöglichen, Beschäftigte gesund bis zur Rente halten und faire
12 Migration in den Arbeitsmarkt sicherstellen. Die Stärkung von Tarifbindung und
13 betrieblicher Mitbestimmung sind für uns der Schlüssel für eine Verbesserung der
14 Arbeitsbedingungen sowie der Aus- und Weiterbildung.
- 15 Der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften werden insbesondere
- 16 • gegenüber Arbeitgebenden und ihren Verbänden für eine auf Flächentarifverträge
17 ausgerichtete, die Tarifbindung stärkenden Tarifpolitik eintreten. Nur so lässt
18 sich Fachkräfteengpässen und Transformationsanforderungen wirksam begegnen.
 - 19 • von den norddeutschen Landesregierungen konkrete Maßnahmen für eine Erhöhung der
20 Tarifbindung und eine Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung fordern.
21 Unternehmensverbände, die nicht tariflich gebundene Unternehmen vertreten,
22 dürfen keine gleichberechtigten Gesprächspartner der Landespolitik sein
 - 23 • die Anwendung von Tarifverträgen als Voraussetzung für die Vergabe von
24 öffentlichen Aufträgen und Zuwendungen sowie als Maßstab für
25 Haushaltsaufstellung und Gesetzgebung einfordern. Die Bundesländer sind dazu
26 aufgefordert, dem Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern folgend, wirksame
27 Tariftreuegesetze zu verabschieden. Mit diesen Gesetzen sollen sie sich dazu
28 verpflichten, mindestens das in einem im Bundesland anwendbaren und mit einer
29 tariffähigen Gewerkschaft geschlossenen Tarifvertrag vereinbarte Tarifentgelt
30 nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und die tariflich
31 vereinbarten weiteren Leistungen zu gewähren. Bundesratsinitiativen zur Stärkung
32 der Tarifbindung und Mitbestimmung sind zu initiieren bzw. zu unterstützen.
 - 33 • sich einsetzen für gute Arbeitsbedingungen. Dabei fordern wir in der Debatte um
34 Fachkräfteengpässe auch eine Priorisierung von Maßnahmen zur Stärkung des

Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Dazu gehören die Sicherung bzw. der Ausbau der staatlichen Arbeitsschutzbehörden, mit dem Ziel, die ab 2026 geltende Mindestbeschäftigungsquote einzuhalten.

- auf regelmäßige Landesberichte über die Arbeitsbedingungen auf Basis des Index Gute Arbeit sowie für Hamburg und Schleswig-Holstein die jährliche Teilnahme am IAB-Betriebspanel drängen, damit besondere Problemfelder und Veränderungen auf Landesebene sichtbar werden.
- die Diskussion über die Umverteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit weiter vorantreiben. Frauen muss eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Eine bedarfsgerechte qualitativ hochwertige Betreuungsinfrastruktur ist dafür Voraussetzung.
- Angriffen auf die gesetzlich geltenden täglichen Höchstarbeitszeitgrenzen auf allen politischen Ebenen entschieden entgegenzutreten. Der 8-Stunden-Tag ist arbeitsmedizinisch gut begründet. Überlange Arbeitszeiten machen krank und erhöhen das Unfallrisiko deutlich. Diese negativen Folgen im Falle einer Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes werden wir auch öffentlich deutlich machen. Wir fordern stattdessen eine Stärkung der Arbeitszeitsouveränität und Arbeitszeitmodelle, die zum Leben und den Bedürfnissen der Beschäftigten passen.
- für einen inklusiven Arbeitsmarkt eintreten. Arbeitgebende müssen ihrer gesetzlichen Beschäftigungspflicht tatsächlich nachkommen und mehr Menschen mit Behinderung die Möglichkeit geben, ihre Qualifikationen und Fähigkeiten in den Unternehmen einzubringen. Bundesländer und Kommunen stehen als Schulträger in der Pflicht, allgemeinbildende und berufliche Schulen inklusiv und barrierefrei zu gestalten.
- sich für die Umsetzung der EU-Mindestlohnrichtlinie und eine entsprechende Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes sowie Maßnahmen zur Steigerung der Tarifbindung einsetzen.
- effektive und verdichtete Kontrollen der Einhaltung gesetzlicher, vergabespezifischer oder tariflicher Mindestlöhne sowie gesetzlicher Vorgaben zu Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen einfordern. Dabei muss die Koordinierung der verschiedenen Kontrollinstanzen (Zoll, Gewerbeaufsicht, Arbeitsschutzbehörden, Jobcenter, Arbeitsagenturen, Sozialversicherungen etc.) durch die Länder verstärkt werden.
- sich gegenüber den Landesregierungen für die Initiierung und Unterstützung von Bundesratsinitiativen einsetzen, die gemäß den Beschlüssen des DGB-Bundeskongresses geeignet sind, prekäre Beschäftigung zurückzudrängen und alle Beschäftigungsformen, insbesondere Minijobs oder Soloselbstständige, vollständig in die Sozialversicherungssysteme einzubeziehen. Die Abschaffung sachgrundloser Befristungen und die Zurückführung von Werkverträgen und Leiharbeit auf ihren Kern bleiben unser klares Ziel.
- gegenüber den Arbeitgebenden eine Erhöhung des Angebots und der Qualität von Ausbildungsstellen einfordern. Dafür fordert der DGB weiterhin einen auf den jeweiligen Landesebenen installierten Zukunftsfonds für eine echte Ausbildungsgarantie nach dem Vorbild Bremens. Der Übergang von der Schule in den Beruf muss durch wirksame Maßnahmen verbessert werden, mit dem Ziel die Zahl

80 junger Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung zu verringern. Von den
81 Landesregierungen und den Schulträgern erwarten wir die Schaffung attraktiver
82 Rahmenbedingungen in der dualen und vollschulischen Ausbildung. Dazu gehört eine
83 zukunftsfähige Berufsschullandschaft, die eine möglichst ortsnahe und qualitativ
84 hochwertige Beschulung ermöglicht. Die Fördermittel aus dem Bundesprogramm
85 Junges Wohnen sind mindestens zur Hälfte für den Bau von Wohnraum für
86 Auszubildende und für den Ausbau von Internatsplätzen an Berufsschulstandorten
87 zu verwenden.

- 88 • eintreten für die Stärkung der betrieblichen und außerbetrieblichen
89 Weiterbildung durch ein Recht auf Weiterbildung und die Einführung eines
90 Freistellungsanspruches. Um finanzielle Einbußen aufgrund von Weiterbildung zu
91 vermeiden, muss die finanzielle Förderung durch Einführung einer Bildungszeit
92 bzw. Bildungsteilzeit sowie einer Ausweitung des Aufstiegs-BaföG verbessert
93 werden. Eine Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung bei Weiterbildungen sowie
94 die Verankerung der Weiterbildungsförderung in Betriebsvereinbarungen und
95 Tarifverträgen ist unser Ziel. Wir werden die Länder dazu auffordern, den Ausbau
96 der Weiterbildungsberatung für Beschäftigte, Betriebs- und Personalräte
97 voranzutreiben und eigene Förderangebote für abschlussorientierte
98 Weiterbildungen auf den Weg zu bringen.
- 99 • sich einsetzen für die Aufwertung sozialer Dienstleistungsberufe, insbesondere
100 in den oft von Frauen dominierten und aus öffentlichen Mitteln finanzierten
101 Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialberufen durch entsprechende
102 Haushaltsaufstellungen.
- 103 • den flächendeckenden Ausbau der Information, Beratung und Unterstützung
104 ausländischer Beschäftigter, Weiterbildungsinteressierter sowie von Angeboten
105 für Beschäftigte und Betriebs- und Personalräte zum Schutz vor gesundheitlichen
106 Belastungen in den Betrieben durch Landesmittel in den Ländern vorantreiben. Die
107 Finanzierung solcher Projekte muss langfristig, verlässlich und auskömmlich
108 sein.

Antrag B02: Einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst sichern

| | |
|----------------------------|--|
| Antragsteller*in: | DGB-Bezirksvorstand Nord |
| Status: | angenommen in geänderter Fassung |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |
| Sachgebiet: | B - Gute Arbeit |
| Antragsblock: | Aufruf B01 - Gute Arbeit, Aus- und Weiterbildung für die Zukunft sichern |

- 1 Ein handlungsfähiger Staat und ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst sind zentrale
2 Voraussetzungen für eine soziale und nachhaltige Politik. Der öffentliche Dienst
3 setzt Rahmenbedingungen für ein gutes Leben der Bürgerinnen und Bürger sowie für
4 einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst
5 gewährleisten täglich in unseren Schulen, Hochschulen, Kommunen, bei der Polizei,
6 Feuerwehr, in der Justiz, Steuerverwaltung und in zahlreichen weiteren Dienststellen
7 Rechtsstaatlichkeit, Daseinsvorsorge, Bildung, Sicherheit und Gemeinwohlorientierung.
8 Einem handlungsfähigen Staat kommt eine zentrale Bedeutung dabei zu, das Vertrauen
9 der Bürgerinnen und Bürger in eine funktionierende Demokratie zu erhalten und
10 demokratiefeindlichen Bestrebungen zu begegnen. Eine wehrhafte Demokratie braucht
11 einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst.
- 12 Der DGB Bezirk Nord wird sich als Dachverband der Gewerkschaften und als
13 Spitzenorganisation der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst in den drei Ländern
14 Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern deshalb gegenüber der
15 Landespolitik konsequent für einen handlungsfähigen und attraktiven öffentlichen
16 Dienst einsetzen. Eine zentrale Rolle nehmen hierbei gute und attraktive
17 Arbeitsbedingungen ein. Um diese Ziele zu erreichen, wird der DGB Nord sowohl die
18 gesetzlich verankerten beamtenrechtlichen Beteiligungsrechte als auch die
19 Vereinbarungsrechte im Rahmen der ressortübergreifenden Mitbestimmung nach dem
20 Personalvertretungsrecht aktiv nutzen.
- 21 Der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften werden insbesondere
- 22 • gegenüber den Landesregierungen für einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst
23 eintreten. Um die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu sichern, sind
24 sowohl eine offensive Ausbildungs- und Einstellungspolitik als auch
25 kontinuierliche Maßnahmen zur Sicherung der Attraktivität erforderlich. Hierzu
26 gehören beispielsweise ein durchlässiges Laufbahnrecht sowie Möglichkeiten des
27 Aufstiegs und der Beförderung.
 - 28 • im Anschluss an die Tarifrunden für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes
29 der Länder die Landesregierungen zur zeit- und wirkungsgleichen Übertragung auf
30 die Besoldung und Versorgung der Beamt*innen der Länder und Kommunen auffordern.
31 Die im Rahmen der Tarifverhandlungen gefundenen Einigungen müssen Maßstab für
32 die Anpassung der Besoldung und Versorgung sein. In Hamburg ist die Ende 2025
33 auslaufende Angleichungszulage zu entfristen und in die Tabelle einzubauen.
 - 34 • auf Basis der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes eine amtsangemessene
35 Alimentation der Beamt*innen sowie ihrer Familien einfordern. Die
36 Landesregierungen sind dabei in der Pflicht, die amtsangemessene Alimentation
37 regelmäßig zu prüfen und nachzuweisen.

- 38 • im Rahmen der Beteiligungsverfahren zur Anpassung der Besoldung und Versorgung
39 auch in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern die regelmäßige Dynamisierung von
40 Zulagen und die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei-,
41 Feuerwehr- und Justizvollzugszulage anmahnen.
- 42 • in die Diskussion um die Ausgestaltung der Beihilfe weiterhin die Forderung nach
43 einer Wahlmöglichkeit zwischen der klassischen Beihilfe und einem Zuschuss zur
44 freiwilligen Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zum
45 Zeitpunkt der Verbeamtung einbringen („Hamburger Modell der pauschalen
46 Beihilfe“). Die bisherige Benachteiligung von freiwillig in der GKV versicherten
47 Beam*t*innen ist zu beenden.
- 48 • weiterhin für eine Reduzierung der regelmäßigen Arbeitszeit der Beam*t*innen auf
49 das Niveau der Arbeitszeit der Tarifbeschäftigten eintreten, dazu gehört auch
50 eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte.
- 51 • sich insbesondere im Bereich der Schulen für die Schaffung einer
52 flächendeckenden Arbeitszeiterfassung einsetzen. Auf deren Basis ist ein
53 Arbeitszeitmodell zu entwickeln, das die realen Zeitverhältnisse und Belastungen
54 der Lehrkräfte abbildet.
- 55 • darauf hinwirken, dass gesunde Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst
56 gewährleistet werden. Hierzu gehört beispielsweise eine Reduzierung der in
57 vielen Bereichen zunehmenden Belastungen und die Umsetzung eines umfassenden
58 Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Sinnvolle Maßnahmen hierbei sind u.a. die
59 Einführung einer Personalbemessung und eine umfassende Aufgabenkritik in allen
60 Bereichen des öffentlichen Dienstes. Lehrkräften sind von außerunterrichtlichen
61 Tätigkeiten durch die flächendeckende Einstellung von Schulverwaltungs Kräften zu
62 entlasten.
- 63 • die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes weiter
64 thematisieren. Mit den öffentlichen Arbeitgebern und Dienstherrn sind geeignete
65 Maßnahmen zu entwickeln, um dem Problem zu begegnen.
- 66 • auf eine weitere Stärkung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst im Rahmen der
67 Weiterentwicklung des Personalvertretungsrechts der norddeutschen Länder
68 hinarbeiten.
- 69 • die Interessen der Beschäftigten im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung
70 des öffentlichen Dienstes weiterhin mit Hilfe der Vereinbarungsrechte in Hamburg
71 und Schleswig-Holstein wahren.

Antrag B03: Ausbildungsfonds als Bremer Modell bundesweit etablieren

| | |
|---------------------|--|
| Antragsteller*in: | IGBCE Nord |
| Status: | angenommen als Material zu Antrag B01 |
| Empfehlung der ABK: | Annahme als Material zu Antrag B01 |
| Sachgebiet: | B - Gute Arbeit |
| Antragsblock: | Aufruf B01 - Gute Arbeit, Aus- und Weiterbildung für die Zukunft sichern |

1 dass sich die IGBCE politisch dafür einsetzt, die Umsetzung eines solchen
2 Ausbildungsfonds nach Bremer Modell bundesländerübergreifend voranzutreiben. Außerdem
3 möge die IGBCE prüfen, inwieweit sich beispielsweise ein branchenspezifischer
4 Ausbildungsfonds tariflich umsetzen ließe und dieses in den Tarifkommissionen zu
5 diskutieren.

6 Seit Jahren klagen Unternehmen und Verbände in Deutschland über den Fachkräftemangel
7 und darüber, dass dieser zu einem echten Risiko für den Wirtschaftsstandort
8 Deutschland werden könne. Und wir erleben bereits, dass Unternehmen in
9 Schwierigkeiten kommen, weil sie nicht genügend Fachpersonal finden. Gleichzeitig
10 bleiben Ausbildungsplätze frei, weil die Unternehmen Bewerber*innen
11 „Ausbildungsunfähigkeit“ attestieren. Um dem entgegenzuwirken hat das Bundesland
12 Bremen im Jahr 2023 das Gesetz zur Errichtung eines Ausbildungsunterstützungsfonds
13 beschlossen. Dieses regelt, dass alle Betriebe im Land Bremen mit einer
14 Arbeitnehmerbruttolohnsumme von mindestens 135.000 Euro jährlich in den
15 Ausbildungsfonds einzahlen. Diejenigen Betriebe wiederum, die ausbilden, erhalten pro
16 Auszubildenden und Jahr einen bestimmten Betrag aus dem Fonds zurück. Darüber hinaus
17 besteht die Möglichkeit, mit Mitteln aus dem Fonds Ausbildungsunterstützung zu
18 gewährleisten, bspw. in Form von Unterstützung für Auszubildene, Prüfungsvorbereitung
19 etc. zu finanzieren. Dies ist insbesondere für kleine und mittelständische
20 Unternehmen und Betriebe ein Vorteil, die solche Unterstützung für ihre
21 Auszubildenden sonst schwer leisten können.

22 Der Ausbildungsfonds wurde ins Leben gerufen, um sowohl die Qualität als auch die
23 Quantität der Ausbildung im Land Bremen sicherzustellen. Durch Mittel aus dem
24 Ausbildungsfonds können Unternehmen einerseits Unterstützung bekommen, überhaupt
25 Azubis zu bekommen bspw. durch Werbung für ihr Unternehmen auf Social Media.
26 Andererseits wird ihnen ermöglicht, Azubis mit besonderen Bedarfen bspw.
27 Sprachbarrieren, einzustellen, deren Unterstützung sie allein nicht sicherstellen
28 könnten.

29 Dadurch kann sichergestellt werden, dass wieder mehr Fachkräfte ausgebildet werden,
30 um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Gleichzeitig kann jungen Menschen, denen sonst
31 keine Möglichkeit zur Ausbildung geboten werden würde, eine Ausbildung und die
32 entsprechende Unterstützung, diese Ausbildung erfolgreich abzuschließen, angeboten
33 werden.

Antrag B04: Duales Studium stärken

| | |
|----------------------------|--|
| Antragsteller*in: | IGBCE Nordost |
| Status: | angenommen in geänderter Fassung |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |
| Sachgebiet: | B - Gute Arbeit |
| Antragsblock: | Aufruf B01 - Gute Arbeit, Aus- und Weiterbildung für die Zukunft sichern |

- 1 Wir fordern, dass der DGB sich auf allen Ebenen dafür einsetzt, dass mehr
- 2 tarifgebundene und qualitativ hochwertige duale Studienplätze von den Unternehmen und
- 3 Hochschulen angeboten werden.
- 4 Ziel aller Aktivitäten muss eine rechtliche Gleichbehandlung von dual Studierenden
- 5 mit den dualen Auszubildenden sein.

Antrag B05: Gesellinnenbrief zum Standard machen

| | |
|---------------------|---|
| Antragsteller*in: | DGB-Bezirksjugendausschuss Nord |
| Status: | angenommen in geänderter Fassung |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |
| Sachgebiet: | B - Gute Arbeit |
| Antragsblock: | Aufruf B05 - Gesellinnenbrief zum Standard machen |

- 1 Der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften in Zusammenarbeit mit den
- 2 entsprechenden Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern setzt sich
- 3 dafür ein, dass es zum Standard wird, werdende Gesellinnen und Gesellen ihren
- 4 gewünschten Geschlechtern entsprechende **Gesellinnen- bzw. Gesellenbriefe**
- 5 auszustellen, ohne dass dafür ein zusätzlicher Antrag erforderlich ist. Dies sollte
- 6 auch für Meisterinnen- bzw. Meisterbriefe gelten.
- 7 Perspektivisch sollte ein **Gesell*innenbrief** ermöglicht werden, um repräsentativer für
- 8 alle Geschlechter zu werden.

Antrag B06: Recht auf Vollzeit schaffen!

| | |
|----------------------------|---|
| Antragsteller*in: | DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord |
| Status: | angenommen |
| Empfehlung der ABK: | Annahme |
| Sachgebiet: | B - Gute Arbeit |
| Antragsblock: | Aufruf B05 - Gesellinnenbrief zum Standard machen |

- 1 Der Deutsche Gewerkschaftsbund Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften werden
- 2 aufgefordert, sich für das Recht auf Vollzeit und für eine bessere Durchlässigkeit
- 3 von Teilzeit auf Vollzeit zu gehen, einzusetzen. Regelung soll auch in Betrieben mit
- 4 weniger als 45 Beschäftigten gelten.

Antrag B07: Gleichberechtigung von Frauen und Männern schon bei der Bekanntgabe der Schwangerschaft im Betrieb

| | |
|---------------------|--|
| Antragsteller*in: | IGBCE Nord |
| Status: | angenommen als Material an DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord |
| Empfehlung der ABK: | Annahme als Material an DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord |
| Sachgebiet: | B - Gute Arbeit |
| Antragsblock: | Aufruf B05 - Gesellinnenbrief zum Standard machen |

- 1 Frauen sehen sich häufig mit negativen Konsequenzen konfrontiert, wenn sie eine
2 Schwangerschaft bekannt geben. Es braucht politische, gesellschaftliche und
3 betriebliche Maßnahmen, um diesem Missstand entgegen zu wirken. Die
4 Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nord möge beschließen, dass die IGBCE folgende
5 Maßnahmen unterstützt und sowohl politisch als auch in Abstimmung mit der Tätigkeit
6 der Einzelgewerkschaften aktiv vorantreibt:
- 7 1. Entwicklung und Durchsetzung von rechtlichen Vorgaben oder Richtlinien, die die
8 Gleichbehandlung von Frauen und Männern in Bezug auf Schwangerschaft, Elternzeit und
9 berufliche Wiedereingliederung gewährleisten.
- 10 2. Einführung von Sensibilisierungsprogrammen für Führungskräfte und
11 Mitarbeiter*innen, um die Bedeutung der Vaterrolle im betrieblichen Kontext
12 hervorzuheben und Männer zu ermutigen, ihre Elternzeit in Anspruch zu nehmen.
- 13 3. Unterstützung und Förderung von betrieblichen Angeboten zur besseren Vereinbarkeit
14 von Beruf und Familie für beide Geschlechter. Mit diesen Maßnahmen wollen wir einen
15 entscheidenden Schritt in Richtung einer gerechteren und gleichberechtigteren
16 Arbeitswelt gehen, in der Männer und Frauen gleichermaßen ihre Elternrolle ausüben
17 können, ohne berufliche Nachteile zu erfahren.
- 18 Der Antrag zielt auf eine politische Maßnahme im Bezirk (Niedersachsen / Bremen
19 /Sachsen-Anhalt) und beinhaltet eine politische Forderung an die Landesregierung, d.
20 h., dass die politische Führung der IGBCE des LB Nord als auch die IGBCE insgesamt
21 hier auf die Politik in dieser von uns gewünschten Weise einwirken.

Antrag B09: Einführung der Familienstartzeit

| | |
|----------------------------|---|
| Antragsteller*in: | DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord |
| Status: | angenommen in geänderter Fassung |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |
| Sachgebiet: | B - Gute Arbeit |
| Antragsblock: | Aufruf B05 - Gesellinnenbrief zum Standard machen |

- 1 Der Deutsche Gewerkschaftsbund Bezirk Nord unterstützt die Umsetzung der sogenannten
2 Familienstartzeit –einer zweiwöchigen vergüteten Freistellung nach der Geburt eines
3 Kindes, in der Regel für das zweite Elternteil – als Maßnahme zur besseren
4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Umverteilung von Sorgearbeit. Die
5 Einführung ergibt sich aus der EU-Vereinbarkeitsrichtlinie (Richtlinie (EU)
6 2019/1158), die von Deutschland bislang nicht umgesetzt wurde. Diese Versäumnisse
7 dürfen nicht auf Landesebene fortgesetzt werden.
- 8
- 9 Landesgesetzgeber in die Verantwortung nehmen
- 10 Angesichts der Blockade bei der Einführung eines Familienstartzeitgesetzes auf
11 Bundesebene appelliert der DGB Bezirk Nord an die Länder Mecklenburg-Vorpommern,
12 Hamburg und Schleswig-Holstein eigenständig Verantwortung zu übernehmen. Insbesondere
13 für Beamt*innen im Landesdienst muss jetzt ein positives Signal für Gleichstellung,
14 Familienfreundlichkeit und moderne Personalpolitik gesetzt werden und die
15 Familienstartzeit für Beamt*innen verankert werden.
- 16 Außerdem fordert der DGB Nord die Landesregierungen auf, sich auf Bundesebene für die
17 Einführung der Familienstartzeit für alle Beschäftigten einzusetzen.

18

19

Antrag B10: Gute und sichere Arbeitsbedingungen für alle - Heraus zum Workers Memorial Day!

| | |
|---------------------|---------------------------------|
| Antragsteller*in: | DGB-Bezirksjugendausschuss Nord |
| Status: | angenommen |
| Empfehlung der ABK: | Annahme |
| Sachgebiet: | B - Gute Arbeit |

- 1 Um unseren verunfallten Kolleg*innen - ob erkrankt, verletzt oder verstorben - zu
- 2 gedenken, aber auch um ein deutliches Zeichen für gute und sichere Arbeitsbedingungen
- 3 für alle Beschäftigten zu setzen, beteiligt sich der DGB Nord und seine
- 4 Mitgliedsgewerkschaften am internationalen Gedenktag, dem „Workers Memorial Day“.
- 5 Dieser wird jedes Jahr am 28. April begangen. Der DGB Nord setzt sich für eine
- 6 gewerkschaftsübergreifende Zusammenarbeit ein, mit dem Ziel den Tag im gesamten
- 7 Norden, in allen Regionen zu etablieren.

Antrag C01: Den sozial-ökologischen Wandel im Norden gestalten

| | |
|----------------------------|--|
| Antragsteller*in: | DGB-Bezirksvorstand Nord |
| Status: | angenommen in geänderter Fassung |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |
| Sachgebiet: | C - Transformation, Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik |
| Antragsblock: | Aufruf C01 - Den sozial-ökologischen Wandel im Norden gestalten |

1 Digitalisierung, demographischer Wandel und Dekarbonisierung beschleunigen einen
2 tiefgreifenden Wandel, der Menschen, Regionen und Wirtschaftsstrukturen unter enormen
3 Veränderungsdruck setzt. Die vielfältigen Krisen der vergangenen Jahre und der
4 Rückfall in politische und wirtschaftliche Renationalisierung und Abschottung haben
5 zudem die Rahmenbedingungen für politische Gestaltung in unserer Gesellschaft und
6 Wirtschaft bedeutend verändert.

7 Deutschland hat jedoch alle Voraussetzungen, die aktuellen Herausforderungen gut zu
8 bewältigen. Gut ausgebildete Beschäftigte und ein demokratischer handlungsfähiger
9 Sozialstaat sind die wichtigsten Standortvorteile unseres reichen Landes. Der DGB und
10 Mitgliedsgewerkschaften übernehmen auch in schwierigen Zeiten Verantwortung.

11 Wir können hier im Norden Deutschlands der Welt zeigen, dass Wachstum, soziale
12 Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Gleichstellung und Vielfalt, die Sicherung und der
13 Aufbau von Guter Arbeit und industrieller Wertschöpfung sowie Klimaschutz und
14 Ressourcenschonung keine Widersprüche sein müssen. Eine solche weltweit sichtbare
15 Modellregion wäre ein unverzichtbares Positivbeispiel für die Bemühungen um global
16 wirksamen Klimaschutz, für die Sicherung der planetaren Lebensgrundlagen.

17 Hier im Norden kommt alles zusammen: Viel erneuerbare Energie, große Import- und
18 Speichermöglichkeiten, eine vielfältige Dienstleistungsbranche und ein bedeutendes
19 industrielles Rückgrat beginnend mit der energieintensiven Grundstoffindustrie als
20 Ausgangspunkt vielfältiger Wertschöpfungsketten. Die Industrie ist und bleibt dabei
21 wesentliche Grundlage für Wohlstand, sichert vielen Familien ein gutes Einkommen, ist
22 damit einer der Schlüssel für ein gutes Leben.

23 Die Chancen und Risiken für Beschäftigte, Unternehmen und ganze Branchen liegen in
24 diesem Wandel eng beieinander. Umso wichtiger ist es, dass die Politik diesen Wandel
25 aktiv begleiten und ihre Handlungsmöglichkeiten für einen gerechten und nachhaltigen
26 Wandel konsequent nutzen.

27

28 Der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften werden insbesondere

- 29 • von Arbeitgebern und ihren Verbänden betriebliche und branchenbezogene
30 Transformationsstrategien einfordern. Diese sind mit den Beschäftigten,
31 Betriebs- und Personalräten und den Gewerkschaften gemeinsam zu entwickeln, mit
32 dem Ziel tarifliche Beschäftigung zu sichern und auszubauen.
- 33 • gegenüber Arbeitgebern für mehr Investitionen in die Standorte, die Entwicklung
34 neuer tragfähiger Geschäftsmodelle und für die Stärkung von Forschung und
35 Entwicklung eintreten.
- 36 • gegenüber den Landesregierungen und Kommunen eine massive, sozial-ökologische
37 Investitionsoffensive einfordern. Alle Finanzierungsspielräume müssen dafür

- genutzt werden um den nachfolgenden Generationen ein sozial gerechtes und funktionierendes Gemeinwesen sowie ein nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen.
- gegenüber allen norddeutschen Landes-, Bundes- und Europapolitiker*innen eine stärkere Beteiligung der Reichen und Vermögenden an der Finanzierung des Gemeinwesens und des sozialökologischen Wandels einfordern. Dazu fordern wir neben einem höheren Spitzen- und Reichensteuersatz vor allem die Wiedererhebung der Vermögensteuer und einer Vermögensabgabe, um die Verteilungsgerechtigkeit zu stärken und die finanziellen Möglichkeiten der norddeutschen Länder zu erhöhen.
 - Politik und Wirtschaft auffordern, die Perspektiven von Frauen in allen Entscheidungen zur sozial-ökologischen Transformation einzubeziehen. Dabei sollen die unterschiedliche Lebensrealitäten von Frauen und Männern, bedingt durch die ungleiche Verteilung bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Sorgearbeit, berücksichtigt und Arbeitszeitsouveränität im Sinne der Beschäftigten gestärkt werden.
 - eine gemeinsame aktive Industriepolitik der norddeutschen Länder einfordern, welche den klima- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen einer veränderten Geo- und Handelspolitik gerecht wird. Im Zentrum müssen neue, zukunftsfähige Strategien für eine offensive Industrie-, Innovations- und Dienstleistungspolitik stehen, die klare Ziele für mehr Klimaschutz, Wachstum, Investitionen- und Innovationen in Norddeutschland politisch formulieren, priorisieren und fördern. Diese Strategien sind als Stufenpläne bis 2040/45 branchenbezogen unter der engen Einbeziehung der Sozialpartner auf norddeutscher Ebene zu entwickeln, um den eng verwobenen Wertschöpfungspotentialen und -ketten gerecht zu werden.
 - von der Landes- und Kommunalpolitik eine klimagerechte, bezahlbare und sozial gerechte Energiewende einfordern. Alle drei Ziele sind gleichrangig zu verfolgen. Die Energiewende unter Einbeziehung aller erneuerbaren Technologieansätze ist wesentliche Grundlage für die nachhaltige Modernisierung der norddeutschen Wirtschaft und Gesellschaft. Wir fordern die in der Energiewende liegenden Chancen für den Norden konsequent zu nutzen, auch mit Blick auf die maritime Wertschöpfung und der Entwicklung grüner Leitmärkte.
 - von der Bundespolitik eine nachhaltige Senkung der Strompreise für Bürger*innen und Unternehmen genauso einfordern wie die Einführung eines wettbewerbsfähigen Industriestrompreises für energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen. Niedrigere Strompreise sind entscheidende Voraussetzung für die Akzeptanz der Energiewende und für die erfolgreiche klimagerechte Umstellung von Produktionsprozessen sowie eine erfolgreiche Mobilitäts- und Wärmewende.
 - von Bund und Ländern eine langfristige Strategie für die soziale Ausgestaltung der Energiewende einfordern. Die durch den steigenden CO2-Preis bedingten Preissteigerungen für Heizen, Strom und Mobilität müssen, insbesondere für einkommensschwächere Haushalte, ausgeglichen werden. Die Länder sind gefordert, flächendeckend eine Beteiligung der Kommunen sowie der Bürger*innen an den Erträgen von Windkraftanlagen sicherzustellen.
 - von der Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europapolitik einfordern, sich für einen

schnellen Um- und Ausbau der Energieinfrastrukturen einzusetzen. Dies umfasst nicht nur Stromnetze, sondern genauso den Aus- und Umbau von Wärme- und Wasserstoffnetzen. Die Finanzierung muss, auch unter dem Aspekt Guter Arbeit bei den Netzbetreibern, auskömmlich sowie langfristiger und stärker steuerfinanziert erfolgen. Eine Modernisierung für Jahrzehnte muss auch über Jahrzehnte finanzierbar sein. Die Handlungsfähigkeit kommunaler Unternehmen ist zu stärken und eine Privatisierung öffentlicher Infrastruktur abzulehnen.

- von allen norddeutschen Landes-, Bundes- und Europapolitiker*innen einfordern, zügig die gesetzlichen und administrativen Voraussetzungen für die Abscheidung sowie stärkere Nutzung und Lagerung von schwer bzw. nicht vermeidbaren Kohlendioxid-Emissionen (CCS/CCU) zu schaffen. Aus heutiger Sicht ist der Einsatz von CCS/CCU auch unter der Annahme ambitionierter Ansätze zur Kreislaufwirtschaft, zum Recycling und zur Nutzung alternativer Baustoffe unerlässlich, um Klimaneutralität zu erreichen. Von den Unternehmen fordern wir ein gezieltes Carbon-Management, insbesondere in Industrieclustern, um die Transport- und Lagerbedarfe möglichst gering zu halten.
- sich auch weiterhin für die Stärkung von Guter Arbeit und die frühzeitige Einbindung der Beschäftigten als wesentliche Merkmale einer vorausschauenden Strukturpolitik einsetzen. Regionale Beteiligungsstrukturen sind entscheidend, um Sicherheit im Wandel und gesellschaftliche Akzeptanz zu gewährleisten.
- von den norddeutschen Ländern die Umsetzung einer gemeinsamen Innovationsstrategie, die für eine zügige Implementierung nachhaltiger und zukunftsfähiger Technologien, Produkte und Dienstleistungen in die norddeutschen Wertschöpfungsketten sicherstellt und neue Wertschöpfung ermöglicht, fordern.

Antrag C02: Fördermittelbereitstellung für die Umsetzung der EU-Trinkwasser- und Kommunalabwasserrichtlinie in der Wasserwirtschaft

| | |
|----------------------------|--|
| Antragsteller*in: | IGBCE Nordost |
| Status: | angenommen in geänderter Fassung |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |
| Sachgebiet: | C - Transformation, Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik |
| Antragsblock: | Aufruf C01 - Den sozial-ökologischen Wandel im Norden gestalten |

- 1 Wir fordern, dass sich der DGB bei den Landesregierungen im DGB Bezirk Nord dafür
- 2 einsetzt, dass zur Umsetzung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie („KARL“) in der
- 3 Abwasserreinigung und zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung und -qualität neue
- 4 Förderprogramme (Investitionsförderung) für die Unternehmen der Wasserversorgung und
- 5 Abwasserentsorgung (auch in den Großstädten) aufgelegt werden.
- 6 Der DGB möge sich für die Unterstützung der Unternehmen der
- 7 Wasserwirtschaft einsetzen, die durch überarbeitete und damit verschärfte EU-
- 8 Regelungen und strengere Anforderungen bei der Entfernung von Pharma- und
- 9 Chemierückständen vor großen Herausforderungen stehen.
- 10 Hierzu gehören auch staatliche Maßnahmen zur Förderung von Forschung, Entwicklung
- 11 und Implementierung neuer Technologien, um die betroffenen Unternehmen
- 12 der Wasserwirtschaft zu unterstützen.
- 13 Der DGB möge Strategien und eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern
- 14 und Verbänden in Deutschland fördern, um umsetzungsfähige Maßnahmen der Richtlinien
- 15 zu gewährleisten.
- 16 Die zusätzlichen Anforderungen an die Wasserwirtschaft und damit
- 17 einhergehende Kostensteigerungen dürfen nicht zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen
- 18 gehen (z.B. durch Stellenabbau).

Antrag D01: In Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge investieren

| | |
|--|--|
| Antragsteller*in: | DGB-Bezirksvorstand Nord |
| Status: | angenommen in geänderter Fassung |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |
| Auf diesen Antrag verweisende Anträge: | D02, D03, D04, D05, D06 |
| Sachgebiet: | D - Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge |
| Antragsblock: | Aufruf D01 - In Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge investieren |

1 In Zeiten, in denen eine Vielzahl von Krisen und wirtschaftlicher Veränderungsdruck
2 zu einer großen Verunsicherung führen, müssen unsere sozialen Sicherungssysteme
3 Sicherheit vermitteln und die wichtigsten Einrichtungen der öffentlichen
4 Daseinsvorsorge für alle zugänglich sein – unabhängig vom Einkommen oder vom Wohnort.
5 Ausgaben für einen starken Sozialstaat sind Investitionen in eine nachhaltige,
6 solidarische und demokratische Zukunft. Damit verhindern wir soziale Spaltung und
7 sichern Frieden und Wohlstand.

8

9 Der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften werden insbesondere

- 10 • für Investitionen der Länder und Kommunen in die soziale Infrastruktur
11 (Gesundheit, Schulen, Sozialarbeit, Sport-, Freizeit- und Kultureinrichtungen)
12 und technische Infrastruktur (u.a. ÖPNV, Ver-/Entsorgung, Breitband) eintreten.
13 Die nötigen finanziellen Mittel sind durch das Infrastruktur-Sondervermögen und
14 die Reform der Schuldenbremse bereitzustellen.
- 15 • die personelle und materielle Ausstattung von Kitas, Schulen, Berufliche Schulen
16 und Hochschulen einfordern, die allen Kindern und jungen Menschen eine gute
17 Bildung ermöglicht.
- 18 • gegenüber bundespolitischen Entscheidungsträgern auf armutsfeste Renten dringen.
19 Dazu muss das aktuelle Rentenniveau von 48 % zügig gesichert und im nächsten
20 Schritt auf mindestens 50 % erhöht werden. Forderungen nach einer weiteren
21 Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters werden wir entschieden
22 entgegentreten. Unternehmen sollen bei der betrieblichen Altersvorsorge stärker
23 in die Pflicht genommen werden. Der Zugang zur Grundsicherung im Alter muss
24 erleichtert werden, damit mehr Menschen ihre Ansprüche geltend machen. Die
25 finanzielle Situation der gesetzlichen Rentenversicherung gilt es, durch eine
26 konsequente Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen, wie der
27 Mütterrente, zu stärken.
- 28 • für eine Ausweitung der solidarischen Finanzierung der gesetzlichen Kranken- und
29 Pflegekassen einsetzen. Gesamtgesellschaftliche Ausgaben, wie Beiträge für
30 Bürgergeld-Empfänger*innen oder pflegende Angehörige, müssen auch aus
31 Steuergeldern finanziert werden.
- 32 • in den Ländern und Kommunen für eine flächendeckende, niedrigschwellige und
33 qualitätsgesicherte Gesundheits- und Pflegeversorgung eintreten, die allen
34 Menschen, unabhängig von Einkommen oder Wohnort zur Verfügung steht. Wir fordern
35 dabei einen klaren Vorrang für gemeinnützige, tarifgebundene Träger und das Non-

36 Profit-Prinzip.

- 37 • weiterhin auf Bundes- und Landesebene die Verbesserung der Arbeits- und
38 Ausbildungsbedingungen in der Pflege einfordern, um dem Fachkräftemangel wirksam
39 zu begegnen.
- 40 • der Diffamierung von SGB II-Leistungsempfänger*innen mit dem Ziel,
41 Sozialleistungen abzubauen, entschieden entgegentreten. Das verfassungsrechtlich
42 garantierte Existenzminimum ist für uns nicht verhandelbar. Gemeinsam mit
43 unseren Bündnispartnern aus Sozialverbänden und Initiativen werden wir uns auch
44 weiterhin für die Überwindung von Armut in all ihren Erscheinungsformen
45 einsetzen.
- 46 • den niedrigschwelligen und dezentralen Zugang zur Arbeits- und
47 Sozialgerichtsbarkeit gegenüber den Landesregierungen verteidigen. Eine
48 Einschränkung des Zugangs zum Recht mit der Begründung vermeintlicher
49 Einsparpotentiale werden wir nicht zulassen.
- 50 • gegenüber den Landesregierungen und Kommunen für Investitionen in die Schaffung
51 von bezahlbarem Wohnraum stark machen. Die Kommunen sollen in die Lage versetzt
52 werden, ihre Möglichkeiten beim Vorkaufsrecht von Bauland konsequent zu nutzen
53 und eine aktive Bodenpolitik zu betreiben. Alle verfügbaren Maßnahmen zur
54 Dämpfung der Mieten müssen durch Landesgesetze und -verordnungen ermöglicht und
55 von den Kommunen umgesetzt werden.
- 56 • von den Landesregierungen und den Kommunen Investitionen in eine moderne,
57 nachhaltige und leistungsstarke öffentliche Verkehrsinfrastruktur einfordern,
58 die Mobilität und Teilhabe auch in ländlich geprägten Regionen ermöglicht.

Antrag D02: Förderung der Ausbildung in den Berufen der Kinderbetreuung zur Verbesserung der Erwerbssituation bei Arbeitnehmer*innen.

| | |
|----------------------------|--|
| Antragsteller*in: | IGBCE Nord |
| Status: | angenommen als Material zu Antrag D01 |
| Empfehlung der ABK: | Annahme als Material zu Antrag D01 |
| Sachgebiet: | D - Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge |
| Antragsblock: | Aufruf D01 - In Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge investieren |

- 1 Die IGBCE sollte sich gesellschaftspolitisch dafür einsetzen, dass mehr in die
- 2 Ausbildung in den sozialen Berufen, gerade was die Erzieher*innen angeht, investiert
- 3 wird. Dies könnte dazu führen, dass die Betreuungszeiten der Einrichtungen durch mehr
- 4 Personal ausgeweitet werden können und erwerbstätige Beschäftigte aus Teilzeit wieder
- 5 auf Vollzeit wechseln könnten, ohne sich Sorgen um Ihre Kinder machen zu müssen.
- 6 Bitte zur Weiterleitung an die Bezirksdelegiertenkonferenz. Diese möge den Antrag
- 7 über die Landesbezirksdelegiertenkonferenz zum Kongress im Oktober 2025 leiten.

Antrag D07: Neuausrichtung der Rentenpolitik in Deutschland

| | |
|---|--|
| Antragsteller*in: | Vorstand DGB Hamburg |
| Status: | angenommen in geänderter Fassung |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |
| Auf diesen Antrag verweisende Anträge: | D08, D09, D10, D11 |
| Sachgebiet: | D - Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge |
| Antragsblock: | Aufruf D07 - Neuausrichtung der Rentenpolitik in Deutschland |

- 1 Die Bezirkskonferenz des DGB Nord möge beschließen, dass der Bezirksvorstand des DGB
- 2 Nord aufgefordert ist, einen entsprechenden Antrag an den OBK zu stellen:
- 3 Der Deutsche Gewerkschaftsbund setzt sich für eine grundlegende Neuausrichtung der
- 4 Rentenpolitik in Deutschland ein und arbeitet auf die folgenden Leitsätze hin:
- 5 1. Der systematische Abbau der Renten in den letzten 25 Jahren muss zukünftig
- 6 gestoppt werden.
- 7 2. Stattdessen muss eine Trendumkehr zu einer besseren, höheren, und solidarischen
- 8 Altersversorgung eingeleitet werden durch Maßnahmen, die dafür sorgen, dass
- 9 a) der ständige Produktivitätszuwachs auch den Menschen im Alter durch eine gute
- 10 Versorgung zugutekommt.
- 11 b) jeder Rentenbeitragszahler am Ende seines Arbeitslebens eine Rente erhält, die
- 12 deutlich über der Armutsgrenze liegt (Mindestrente).
- 13 c) dass Frauen durchschnittlich keine geringeren Renten mehr erhalten als Männer.
- 14 d) höhere Arbeitgeber- als Arbeitnehmerbeiträge zur Finanzierung der Rente gezahlt
- 15 werden müssen.
- 16 e) eine Senkung statt einer Erhöhung des Renteneintrittsalters erfolgt.
- 17 f) versicherungsfremde Leistungen zukünftig nicht mehr aus der Rentenkasse finanziert
- 18 werden dürfen, sondern aus Steuermitteln genommen werden müssen.
- 19 g) die Umlage finanzierte Rente als Lebensstandard sichernde Rente erhalten bleibt
- 20 und keine Beiträge in eine, wie auch immer geartete, Kapitalrentenversicherung
- 21 fließen.
- 22 h) es eine Rentengarantie durch den Staat gibt!

Antrag D12: Herabsetzung des gesetzlichen Rentenalters für langjährige Schichtarbeiter

| | |
|---------------------|--|
| Antragsteller*in: | IGBCE Nord |
| Status: | angenommen in geänderter Fassung |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |
| Sachgebiet: | D - Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge |
| Antragsblock: | Aufruf D07 - Neuausrichtung der Rentenpolitik in Deutschland |

- 1 Der DGB setzt sich für eine Herabsetzung der gesetzlichen Regelaltersgrenze für
- 2 solche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein, die langjährig Schichtarbeit mit einer
- 3 regelmäßigen Ableistung von Nachtschichten gearbeitet haben. Bei Vorliegen von
- 4 langjähriger Schichtarbeit, wie z.B. ab 15 Jahre Arbeit in einem Schichtmodell mit
- 5 Nachtschichtarbeit, soll die Regelaltersgrenze herabgesetzt werden bzw. ein früherer
- 6 Zugang zur Rente ermöglicht werden.

Antrag D13: Die Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung sichern – solidarische Finanzierung stärken

| | |
|---------------------|--|
| Antragsteller*in: | ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg |
| Status: | angenommen |
| Empfehlung der ABK: | Annahme |
| Sachgebiet: | D - Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge |

- 1 Der DGB Nord setzt sich für die Umsetzung der folgenden Maßnahmen ein, um eine
2 zukunftsste, gerechte Finanzierung von gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) und
3 sozialer Pflegeversicherung (SPV) zu erreichen:
- 4 Für die GKV
- 5 • Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der gesetzlichen
6 Rentenversicherung West
 - 7 • Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus Steuermitteln
 - 8 • Arznei-, Heil- und Hilfsmittel sind Teil des Grundbedarfes, für sie muss
9 konsequent
10 der reduzierte Mehrwertsteuersatz Anwendung finden. [Entlastung strukturell um
11 mindestens sieben Milliarden Euro]
 - 12 • Einbeziehen aller Einkommensarten
 - 13 • Eine höhere Beteiligung derPharmaindustrie an einer Stabilisierung der GKV,
14 etwa durch Begrenzungvon Arzneimittelpreisen und Festpreisfixierungen.
 - 15 • Prüfung, ob sich weitere sinnvolle Begrenzungen der Ausgaben der GKVen anbieten,
16 zum Beispiel durch den Blick auf andere EU-Länder und durch konsequente
17 Orientierung von Ausgabensteigerungen an einer Verbesserung der Versorgung der
18 Patientinnen und Patienten.
 - 19 • Bemessung der Beiträge von freiwillig Versicherten Soloselbstständigen am realen
20 Erwerbseinkommen

Antrag D14: Einführung einer Pflegevollversicherung

| | |
|---|--|
| Antragsteller*in: | DGB-Kreisverband Vorpommern-Greifswald |
| Status: | angenommen |
| Empfehlung der ABK: | Annahme |
| Auf diesen Antrag verweisende Anträge: | D15 |
| Sachgebiet: | D - Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge |

- 1 Der DGB-Bezirk Nord wird aufgefordert, sich für die Umwandlung der Pflegeversicherung
- 2 in eine Pflegevollversicherung einzusetzen. In dieser Vollversicherung sind künftig
- 3 alle pflegerischen Leistungen – stationär und ambulant – umfassend abgedeckt, ohne
- 4 verbleibende Eigenanteile für Pflegebedürftige. Die Finanzierung erfolgt solidarisch
- 5 und einkommensabhängig, unter Einbeziehung aller Bürger*innen entsprechend ihrer
- 6 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Parallel dazu sind die Arbeitsbedingungen in der
- 7 Pflege durch u.a. die Einführung verbindlicher Personalbemessungsstandards,
- 8 tarifvertraglich garantierter Entlohnung sowie den Ausbau von Aus- und
- 9 Weiterbildungsplätzen zu verbessern.

Antrag D16: Psychische Gesundheit stärken – Stigmatisierung beenden, Versorgung ausbauen

| | |
|---------------------|--|
| Antragsteller*in: | DGB-Bezirksjugendausschuss Nord |
| Status: | angenommen |
| Empfehlung der ABK: | Annahme |
| Sachgebiet: | D - Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge |

- 1 Der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich auf allen Ebenen –
2 gesellschaftlich, politisch und betrieblich – für den Abbau von Stigmatisierung
3 psychischer Erkrankungen sowie für eine spürbare Verbesserung der psychosozialen
4 Gesundheitsversorgung ein.
- 5 Psychische Gesundheit ist ein zentrales Thema für alle Beschäftigten – in der
6 Ausbildung, im Studium, im Betrieb, aber auch im Alltag. Der Zugang zu Therapie,
7 Beratung und unterstützenden Angeboten muss unabhängig von Wohnort, Krankenkasse oder
8 sozialem Hintergrund gewährleistet sein. Es darf keinen Unterschied machen, ob jemand
9 in Hamburg oder auf dem Land in Mecklenburg-Vorpommern lebt.
- 10 Wir fordern daher:
- 11 • Gesellschaftliche Aufklärung und entstigmatisierende Öffentlichkeitsarbeit über
12 psychische Erkrankungen.
 - 13 • Flächendeckender Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung, insbesondere im
14 ländlichen Raum und in unterversorgten Regionen (bspw. durch die Erhöhung der
15 Kassensitze).
 - 16 • Kürzere Wartezeiten auf Therapieplätze – bundesweit verbindliche Höchstgrenzen
17 für Wartezeiten.
 - 18 • Niedrigschwellige Angebote an Berufsschulen, Hochschulen und in Betrieben, z. B.
19 über Betriebsärzt*innen, Sozialdienste, Jugendberufsagenturen oder
20 Gewerkschaftsprojekte.
 - 21 • Stärkere Verankerung psychischer Gesundheit im Arbeits- und Gesundheitsschutz,
22 u. a. durch verpflichtende psychische Gefährdungsbeurteilungen nach dem
23 Arbeitsschutzgesetz. Einbindung des Themas in die politische (Jugend-)Bildung
24 und gewerkschaftliche Aufklärung.

Antrag E 01: Für Demokratie, Solidarität und soziale Gerechtigkeit – Demokratie stärken, rechte Hetze stoppen

| | |
|---------------------|---|
| Antragsteller*in: | DGB-Bezirksvorstand Nord |
| Status: | angenommen |
| Empfehlung der ABK: | Annahme |
| Sachgebiet: | E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik |
| Antragsblock: | Aufruf E01 - Für Demokratie, Solidarität und soziale Gerechtigkeit – Demokratie stärken, rechte Hetze stoppen |

Der Einsatz für Demokratie ist zentraler Bestandteil der Gewerkschaftsbewegung. Bereits aus unserer Geschichte ergibt sich der Auftrag, die demokratischen Werte unserer Gesellschaft entschlossen zu verteidigen. Hass und Hetze haben bei uns keinen Platz. Mit der Verankerung in Betrieben und Dienststellen sind die Gewerkschaften zentraler Bestandteil der Demokratie in Arbeit und Wirtschaft.

Doch unsere demokratischen Werte sind massiv unter Druck. Antidemokratische Kräfte versuchen, die Demokratie und ihre Institutionen verächtlich zu machen und zu schwächen. Demokratiefeinde sitzen längst in den Parlamenten und benutzen die demokratischen Institutionen selbst, um diese zu unterhöhlen. Ängste der Menschen werden bewusst geschürt, um Unsicherheit zu erzeugen und vulnerable Gruppen gegeneinander auszuspielen. Gleichzeitig nehmen rechtsextreme Straftaten auch im Norden zu. Auch die Gewerkschaften und unsere Kolleg*innen in den Betrieben und Dienststellen sind immer wieder zum Teil massiven Anfeindungen ausgesetzt.

Diese Entwicklung werden wir nicht hinnehmen und stellen uns einer Normalisierung rechtsextremer Positionen entschieden entgegen. Der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften schließen deshalb jede Zusammenarbeit mit der AfD aus. Die AfD steht nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern greift Demokratie, Menschenwürde, Rechtsstaat und die Grundlagen des Sozialstaates massiv an.

Als Gewerkschaften und gemeinsam mit anderen, in Bündnissen und anderen Formen der Zusammenarbeit, setzen wir uns aktiv ein für eine demokratische, solidarische und offene Gesellschaft. Dies fordern wir auch von den Landesregierungen und den Arbeitgebern im Norden. Dabei sind die Gewerkschaften als fester Bestandteil der Demokratie zu stärken und demokratische Werte in Wirtschaft und Arbeit breiter zu verankern. Gleichzeitig fordern wir die Landesregierungen auf, durch eine Politik der sozialen Gerechtigkeit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und rechten Narrativen den Nährboden zu entziehen.

Der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften werden insbesondere

- konsequent und an jeder Stelle eintreten für Demokratie und Solidarität und sich stark machen gegen rechte Hetze, völkischen Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus, Queerfeindlichkeit, Demokratiefeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.
- sich einsetzen für eine Verstärkung und ausreichende Bereitstellung von Mitteln für zivilgesellschaftliche Initiative, Netzwerke und Projekte, die sich für Demokratie und gegen völkisch-nationalistische oder andere demokratiefeindliche

Ideologien stark machen. Besondere Aufmerksamkeit muss dabei das Handlungsfeld Arbeit erfahren. Demokratiefördergesetze auf Länderebene können hierbei hilfreich sein.

- weiterhin mit voller Kraft für soziale Gerechtigkeit eintreten. Denn soziale Gerechtigkeit ist wesentlicher Baustein unserer Demokratie und kann vor dem Verfangen rechter Hetze schützen. Benachteiligte Gruppen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.
- sich gegenüber Politik und Arbeitgebern sowie in der Öffentlichkeit dafür einsetzen, dass Gewerkschaften und Mitbestimmung in Betrieben und Dienststellen als wichtige Bausteine unserer Demokratie anerkannt und gestärkt werden. Der Behinderung von Betriebs- oder Personalratsarbeit muss entschieden begegnet werden. Durch die Einführung einer „Demokratiezeit“ von einer Stunde pro Woche etwa kann die Mitbestimmung im Betrieb gefördert werden. Wir fordern auch die Arbeitgeber auf, entsprechende Initiativen zu fördern und Angebote zu entwickeln.
- gegenüber den Landesregierungen für eine Erhöhung des Etats für politische Bildung eintreten.
- im Sinne einer Stärkung der Schule als Ort der Partizipation und demokratischen Bildung für attraktive und wirksame Mitwirkungsorgane eintreten. Politische Bildung ist praxisorientiert und umfassend zu vermitteln; Grundkenntnisse über Arbeits- und Tarifrecht müssen dabei besonders berücksichtigt werden. Die Zugangsrechte der Gewerkschaften sind sicherzustellen.
- dafür eintreten, dass Hass im Netz konsequent verfolgt wird. Die zuständigen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen für strafrechtliche Aufklärung und Verfolgung, einen wirksamen Opferschutz und nicht zuletzt für Prävention sind entsprechend finanziell und personell auszustatten.
- für eine lebendige Erinnerungskultur eintreten. Die Verbrechen des Nationalsozialismus dürfen niemals vergessen werden und müssen uns Mahnung für eine friedliche und gewaltfreie Zukunft sein. Der 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus ist als Feiertag in den norddeutschen Bundesländern zu etablieren.
- die gewerkschaftliche Kooperation über Landesgrenzen hinweg, insbesondere im Ostseeraum, weiterverfolgen und sich für Verständigung und Frieden stark machen.
- die Aufnahme, Versorgung und Integration geflüchteter Menschen befürworten und unterstützen. Geflüchtete Menschen dürfen nicht für die politischen Ziele einzelner Parteien missbraucht werden. Es braucht eine gesellschaftliche und betriebliche Willkommenskultur, um die Integration in Arbeit und Ausbildung zu fördern. Rechtsstaatliche Prinzipien dürfen nicht aufgeweicht werden.

Antrag E 02: Verbot der Partei AfD Alternative für Deutschland

| | |
|----------------------------|--|
| Antragsteller*in: | Vorstand DGB Hamburg |
| Status: | angenommen in geänderter Fassung |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |
| Sachgebiet: | E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik |
| Antragsblock: | Aufruf E01 - Für Demokratie, Solidarität und soziale Gerechtigkeit – Demokratie stärken, rechte Hetze stoppen |

- 1 Die Bezirkskonferenz des DGB Nord möge beschließen, dass der Bezirksvorstand des DGB
- 2 Nord aufgefordert wird, einen gleichlautenden Antrag an den OBK zu stellen:
- 3 Der DGB setzt sich für ein Verbot der Partei AfD Alternative für Deutschland aktiv
- 4 ein. Bundestag und Bundesrat werden aufgefordert, einen entsprechenden Verbotsantrag
- 5 zu prüfen.

Antrag E 03: Streichung des §218 StGB!

| | |
|----------------------------|--|
| Antragsteller*in: | DGB-Bezirksjugendausschuss Nord |
| Status: | angenommen in geänderter Fassung |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |
| Sachgebiet: | E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik |

- 1 Der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für die Streichung des §
2 218 StGB aus dem Strafgesetzbuch ein und fordern den Schwangerschaftsabbruch
3 außerhalb des Strafrechts zu regeln. Der DGB Nord soll sich öffentlich für die
4 Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen einsetzen, politische Bündnisse mit
5 Initiativen und Organisationen eingehen und Aufklärungsarbeit in der eigenen
6 Bildungsarbeit leisten.
- 7 Mögliche Maßnahmen dafür sind:
- 8 • Öffentliche Stellungnahmen
 - 9 • Unterstützung zivilgesellschaftlicher Bündnisse, die sich für reproduktive
10 Rechte einsetzen
 - 11 • Entwicklung gewerkschaftlicher Bildungsformate zu reproduktiver Gesundheit
 - 12 • Dialog mit politischen Entscheidungsträger*innen zur Entkriminalisierung von
13 Schwangerschaftsabbrüchen
 - 14 • Vernetzung mit feministischen Organisationen zur solidarischen Zusammenarbeit

Antrag E 04: Einführung flexibler Zeitkontingente für das Ehrenamt

| | |
|----------------------------|--|
| Antragsteller*in: | IGBCE Nord |
| Status: | angenommen in geänderter Fassung |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |
| Sachgebiet: | E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik |

- 1 Der DGB möge sich für eine gesetzliche Freistellung für ehrenamtliche Tätigkeiten in
- 2 gesellschaftlichen und politischen Bereichen (z.B. Gewerkschaftsarbeit, Sportverein),
- 3 durch Einführung von flexibel nutzbaren Zeitkontingenten einsetzen.
- 4 Diese Freistellung muss als bezahlte Freistellung erfolgen. Wir schlagen als
- 5 Größenordnung in Summe 10 Arbeitstage pro Jahr hierfür vor.

Antrag E 05: Wissen ist kein Luxus - Mecklenburg-Vorpommern braucht Bildungsurlaub!

| | |
|----------------------------|--|
| Antragsteller*in: | DGB-Bezirksjugendausschuss Nord |
| Status: | angenommen |
| Empfehlung der ABK: | Annahme |
| Sachgebiet: | E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik |

- 1 Bildungsurlaub muss ein selbstverständliches Werkzeug für ein starkes, demokratisches
- 2 und zukunftsfähiges Mecklenburg-Vorpommern sein.
- 3 Deswegen setzt sich der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften auf allen Ebenen
- 4 dafür ein, dass die Anerkennung von Bildungsurlauben in Mecklenburg-Vorpommern
- 5 gestärkt wird und die Ablehnungen bzw. die Ablehnungsgründe von Anerkennungsanträgen
- 6 geprüft werden.

Antrag E 06: „Gewalt an Schulen gemeinsam bekämpfen“

| | |
|---------------------|--|
| Antragsteller*in: | GEW Schleswig-Holstein, ver.di Nord |
| Status: | angenommen in geänderter Fassung |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |
| Sachgebiet: | E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik |
| Antragsblock: | Aufruf E06 - „Gewalt an Schulen gemeinsam bekämpfen“ |

- 1 Die Konferenz möge beschließen:
- 2 Der DGB Nord initiiert eine Kampagne zum Thema „Gewalt an Schulen gemeinsam
3 bekämpfen“. Der DGB-Bezirksvorstand wird aufgefordert, hierzu gemeinsam mit den
4 Gewerkschaften ein länderübergreifendes Konzept zu entwickeln. Beispielsweise kann
5 hierzu eine Auftaktkonferenz aller Akteure stattfinden. Dort kann ein
6 Forderungspapier diskutiert und verabschiedet sowie das Vorgehen für politische
7 Interventionen und weitere geeignete Maßnahmen entwickelt werden.
- 8 Gewalt an Schulen – sei es körperliche Gewalt, Mobbing oder Cybermobbing – gefährdet
9 das Wohl von Schüler*innen und Beschäftigten erheblich. Allgemein- und berufsbildende
10 Schulen müssen ein angstfreier Lernort sein – Schulgemeinschaften brauchen Schutz vor
11 Gewalt. Es bedarf hierbei eines ganzheitlichen, nachhaltig finanzierten Ansatzes zur
12 Prävention und Intervention. Zentrale Punkte sind der Ausbau von
13 Präventionsprogrammen, die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendämtern
14 und Schulsozialarbeit sowie eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive mit
15 regelmäßigen Fortbildungen für alle Beteiligten. Außerdem sind aufgaben- bzw.
16 bedarfsgerechte personelle Ressourcen für kleinere Klassen, psychosoziale
17 Unterstützung und Jugendhilfearbeit erforderlich.
- 18 Der DGB Nord setzt sich insbesondere für folgende konkrete Maßnahmen ein:
- 19 1. **Ausbau und dauerhafte Finanzierung von Präventionsprogrammen:** Bund, Länder und
20 Kommunen sollen umfassende Präventions- und Interventionsangebote an Schulen
21 unterstützen und finanzieren, die auch Jugendämter und weitere soziale Dienste
22 einbinden.
- 23 2. **Stärkung der Zusammenarbeit mit Jugendämtern:** Schulen und Jugendämter sollen
24 dazu befähigt werden verbindliche Kooperationsstrukturen zu entwickeln und zu
25 etablieren, um schnelle Hilfen in Gewaltfällen sicherzustellen. Es muss Zeit und
26 entsprechende personelle Ausstattung für verlässliche Zusammenarbeitsstrukturen
27 geben.
- 28 3. **Verbesserte psychosoziale Unterstützungsangebote:** Schulsozialarbeit und
29 Jugendämter müssen eng zusammenarbeiten und flächendeckend mit ausreichend
30 Personal ausgestattet sein. Die Möglichkeiten niedrigschwellig
31 psychologisch/therapeutisches Personal hinzuziehen zu können, müssen deutlich
32 verbessert werden.
- 33 4. **Mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen:** Für kleinere Klassen und
34 ausreichendes pädagogisches Personal zur Gewährleistung eines sicheren und
35 unterstützenden Lernumfeldes ist eine deutliche Aufstockung notwendig. Darüber
36 hinaus brauchen Schulen Möglichkeiten, um bspw. mit einem gemeinsamen, flexiblen
37 Schulbudget standort- und bedarfsspezifisch multiprofessionelles Personal z.B.

für gezielte Projektarbeit einsetzen zu können.

5. Räume für sicheres Lernen: Schulen brauchen die räumlichen und personellen Möglichkeiten, temporär-intensivpädagogische Maßnahmen an jedem Schulstandort für Schüler*innen der eigenen Schule einzurichten. Wenn die Sicherheit an der Schule es erfordert, kann ggf. eine temporäre Beschulung an einem anderen Ort erfolgen. Die Anbindung an die Klassengemeinschaft muss dabei bestehen bleiben. Die Begleitung in dieser Maßnahme muss den*die Schüler*in und die Eltern umfassen.

6. Erhalt, Stärkung und Ausbau vielfältiger außerschulischer Unterstützungsstrukturen auch im ländlichen Raum:

- eine ausreichende Anzahl an Plätzen idealerweise in wohnortnahen ambulanten Angeboten der Jugendhilfe, aber auch in Wohngruppen.
- eine Ausweitung des psychotherapeutischen und kinder- bzw. jugendpsychiatrischen Versorgungsangebots.
- flächendeckend Ansprechpartner*innen bei der Polizei für die Zusammenarbeit im Kinder- und Jugendbereich sowie mit den Schulen.

Antrag E 07: Kinder und Jugendliche gegen Hate-Speech und Fake News stark machen

| | |
|---------------------|--|
| Antragsteller*in: | DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord |
| Status: | angenommen |
| Empfehlung der ABK: | Annahme |
| Sachgebiet: | E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik |
| Antragsblock: | Aufruf E06 - „Gewalt an Schulen gemeinsam bekämpfen“ |

1 Der Deutsche Gewerkschaftsbund Nord soll sich dafür einsetzen, dass in den
2 Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg Medienerziehung
3 in Schulen stärker als bisher darauf ausgerichtet wird, Kinder und Jugendliche gegen
4 Hate-Speech und Fake News stark zu machen und die erforderlichen Ressourcen zur
5 Verfügung zu stellen.

6 Dies umfasst:

- 7 • Prävention von Hate Speech durch Vermittlung guter Umgangsformen in Internet und
8 sozialen Medien (Netikette)
- 9 • Vermittlung von Strategien, wie sich gegen Hate Speech gewehrt werden kann
- 10 • Vermittlung des Erkennens von Fake News und Möglichkeiten des Entgegenwirkens
- 11 • Kritische Reflektion der im Internet verbreiteten Geschlechterklischees
- 12 • Sensibilisierung und Aufklärung von Eltern zur Thematik, z.B. durch Elternabende
13 mit Medienpädagog*innen
- 14 • Kennenlernen und Einüben von demokratischen Diskursen

15 Damit Lehrkräfte diese Aufgaben auch leisten können, bedarf es sowohl der
16 entsprechenden Fortbildungsangebote als auch einer zeitlichen Entlastung an anderer
17 Stelle. Ebenso müssen entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, damit
18 flächendeckend medienpädagogische Elternabende stattfinden können. Auch in
19 Jugendzentren und anderen Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche sollten Ressourcen
20 für Präventionsarbeit und Hilfe gegen Hate-Speech und Fake News zur Verfügung stehen.

Antrag E 08: Verfassungsgerichte schützen!

| | |
|----------------------------|---|
| Antragsteller*in: | DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord |
| Status: | angenommen |
| Empfehlung der ABK: | Annahme |
| Sachgebiet: | E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik |
| Antragsblock: | Aufruf E01 - Für Demokratie, Solidarität und soziale Gerechtigkeit – Demokratie stärken, rechte Hetze stoppen |

- 1 Der Deutsche Gewerkschaftsbund Bezirk Nord soll sich dafür einsetzen, dass in den
- 2 Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg Maßnahmen
- 3 ergriffen werden, die die Verfassungsgerichte der Länder vor Einflussnahme durch die
- 4 AfD schützen.
- 5 Vorbild können hier die Gesetzesänderungen sein, die das Bundesverfassungsgericht
- 6 schützen sollen.

Antrag E 09: Für Frieden und gegen Wehr- und Pflichtdienst!

| | |
|---------------------|---|
| Antragsteller*in: | DGB-Bezirksjugendausschuss Nord |
| Status: | angenommen |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |
| Sachgebiet: | E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik |
| Antragsblock: | Aufruf E09 - Für Frieden und gegen Wehr- und Pflichtdienst! |

1 In der aktuellen Debatte um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas, die
2 mit Verweis auf die globale Sicherheitslage geführt wird, kehrt ein altbekanntes
3 Instrument zurück auf die politische Agenda: die Wehrpflicht. Wieder einmal soll die
4 junge Generation für geopolitische Spannungen und Versäumnisse der Vergangenheit in
5 die Pflicht genommen werden. Wir sehen bereits jetzt, dass Bildungseinrichtung dafür
6 genutzt werden junge Menschen zu werben, um einen Dienst bei der Bundeswehr
7 abzuleisten. Mit ihrer Werbestrategie wird Krieg nicht nur verharmlost, sondern in
8 vielen Fällen glorifiziert.

9 Der DGB Nord lehnt das entschieden ab. Unser Selbstverständnis hat sich seit der
10 Abschaffung der Wehrpflicht nicht verändert: Die Wehrpflicht – ebenso wie jede andere
11 Form von Pflichtdienst – stellt einen unverhältnismäßigen Eingriff in die vom
12 Grundgesetz garantierte persönliche Freiheit dar. Zudem besteht die reale Gefahr,
13 dass verpflichtende Ersatzdienste zur Umgehung struktureller Probleme im Sozial- und
14 Pflegebereich genutzt werden. Das unterwandert bestehendes Fachpersonal und darf
15 nicht für die Beschaffung billiger Arbeitskräfte missbraucht werden.

16 Auch bei freiwilligen Diensten wie dem FSJ und FÖJ dürfen junge Menschen nicht als
17 Ersatz für Fachkräfte oder als billige Arbeitskräfte herhalten. Der DGB Nord betont
18 die Notwendigkeit der Arbeitsmarktneutralität: Freiwilligendienste sollen der
19 Orientierung und dem gesellschaftlichen Engagement dienen, nicht der Substitution
20 regulärer Beschäftigung. Dafür braucht es bessere Arbeitsbedingungen, eine deutlich
21 höhere Entschädigung sowie ausreichend finanzielle Mittel für gemeinnützige Träger –
22 etwa zur Beschäftigung von pädagogischem Begleitpersonal. Zudem müssen Freiwillige
23 betriebliche Mitbestimmungsrechte in ihren Einsatzstellen erhalten und durch eine
24 strukturierte Interessenvertretung auf Landes- und Bundesebene gestärkt werden.

25 **Der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern:**

- 26 • Es darf keinerlei Wehr- oder Pflichtdienste geben.
27 • Keine Werbung der Bundeswehr an Bildungseinrichtungen. Keine Werbung für Krieg.

Antrag I01: Hände weg vom JArbSchG

| | |
|---------------------|----------------------------------|
| Antragsteller*in: | Anna Bauer (NGG) |
| Status: | angenommen in geänderter Fassung |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |
| Sachgebiet: | I - Initiativanträge |

1

2

3 Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist die zentrale gesetzliche Grundlage, um
4 Minderjährige vor Überlastung und Gefährdungen zu schützen. Eine Aufweichung des
5 Jugendarbeitsschutzgesetzes werden wir nicht hinnehmen!

6 Wir fordern die Bundesregierung auf, das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht zu
7 verschlechtern. Diese Errungenschaft der Gewerkschaftsjugend lassen wir uns nicht
8 nehmen! Mecklenburg-Vorpommern – also Initiatorin dieses Prozesses – muss hier eine
9 besondere Rolle einnehmen. Als DGB Nord fordern wir die Landesregierung Mecklenburg-
10 Vorpommerns auf, die Arbeits- und Sozialministerkonferenz zu nutzen, um konkrete
11 Verbesserungsvorschläge im Sinne der Minderjährigen für eine „Modernisierung“ und
12 „Anpassung“ zu erarbeiten. Dies muss in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen
13 selbst, d.h. den Jugendlichen und ihren Interessenvertretungen (JAVen,
14 Gewerkschaftsjugend, Gewerkschaften) geschehen.

15